

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Amstliches Kreisblatt für den Landkreis Neuß

Meistverbreitete Zeitung der Kreise Neuß und Grevenbroich



Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. — Wöchentliche Beilagen: „St. Quirinusblatt“ und „Heimatvolk und Heimatflur“. — Preis für die erste Hälfte August Mark 1 Billion. Nachzahlung vorbehalten. — Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46. Fernsprecher Nr. 55. Reichsbank-Giro-Konto. Postfach-Konto Köln 41800.

Anzeigenpreis — Zahlung bei Aufgabe — für die 34 m/m breite Colonne 25 Goldpfennig, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 30 Goldpfennig. Reklamezeile 1 Goldmark. Anzeigen erbeten bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages.

Nr. 182

Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Heinrich Staab.

Dienstag, 5. August 1924 (Oswald)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß. 51. Jahrgang

Im Moment der Spannung.

Neuestes in Kürze.

Koblenz, 5. August. Die Rheinlandkommission berät die Ausweisung von fünf in Koblenz wohnenden Personen, darunter zwei Eisenbahnbeamten. **Berlin, 5. August.** Gestern vormittag wurde in Berlin die zweite Schuh- und Ledermesse eröffnet, die dem Einzelhandel als Einkaufsgelegenheit dient. Bereits gestern wurden bei stärkstem Andrang erhebliche Umsätze vollzogen. **Berlin, 5. August.** Der im Dezember 1922 vom Kriegsgericht in Mainz wegen angeblicher Spionage zu fünf Jahren Gefängnis verurteilte Regierungsrat Prange ist einer Gesundheitsmeldung zufolge begnadigt worden. **Berlin, 5. August.** In Varese (am Como-See) entgleiste eine elektrische Bahn. Sechs Personen wurden getötet, ungefähr 40 teils sehr schwer verletzt. **München, 5. August.** Nach einer Meldung der Münchener Zeitung, scheint nun endlich in die Angelegenheit des vor vier Jahren an dem unabhängigen Sozialisten Gareis ausgeführten Mordes Licht zu kommen. Der Untersuchungsrichter ist seit einer Woche mit der Vernehmung zahlreicher Zeugen beschäftigt. **Bombay, 4. August.** Der Westminister Gazette zufolge bestellte die japanische Regierung bei der Firma Vickers 140 000 Maschinengewehre.

Heute Beginn in London?

Die deutsche Delegation abgereist.

Berlin, 5. August. Die deutsche Delegation ist gestern früh 9.07 Uhr im Sonderzug vom Bahnhof Friedrichstraße nach London abgereist. Sie sind schätzungsweise heute früh um die gleiche Zeit dort eingetroffen. **London, 4. August.** Eine Vollversammlung der Konferenz wird wahrscheinlich morgen einberufen, vorausgesetzt, daß der deutschen Delegation die Zeit paßt. Die fertiggestellten Dokumente sollen der deutschen Abordnung übergeben werden, worauf sich die Konferenz verlagert, um unseren Vertretern Zeit zum Studium der Akten zu lassen. Am darauffolgenden Tage werden dann voraussichtlich die Verhandlungen sein.

Die militärische Räumung.

Verhandlungen zwischen den französischen und belgischen Delegierten?

Paris, 4. August. Der Sonderberichterstatter des „Intransigant“ in London will wissen, daß die Sicherheitsfrage seit gestern ständiger Gegenstand der Besprechungen zwischen den französischen und belgischen Delegierten sei. Der Berichterstatter erinnert daran, daß nach französischer Darstellung die fünfjährige Besatzungsfrist für die Kölner Zone überhaupt noch nicht zu laufen begonnen habe, während nach belgischer Auffassung die Zeit nach dem 10. Januar 1923 nicht mitrechnet. Der englische Botschafter in Köln, Godley, wollte bekanntlich so früh wie möglich abziehen, wenn Deutschland den Dawes-Plan angenommen habe. Darum drehe sich die Debatte. Wenn sich die französischen Sachverständigen nun auch für die Räumung des Ruhrgebietes gleichzeitig mit der Zurückziehung der französischen Eisenbahnen und Ingenieure ausgesprochen hätten, so gingen doch die Wünsche Frankreichs dahin, daß die Engländer in Köln und die Belgier in Krefeld noch mindestens ein Jahr, wenn möglich noch zwei Jahre bleiben.

Macdonald im Kreuzfeuer.

London, 4. August. Auf Anfrage Lord Georges im Unterhaus betonte Macdonald, die britische Meinung, daß Separationsaktionen gegen Deutschland nicht gestattet seien, sei nur noch bekräftigt worden und erklärte, die Konferenz mit den deutschen Delegierten am Dienstag beginnen zu können. Es sei beabsichtigt, insgesamt drei Abkommen abzuschließen: 1. Zwischen Deutschland und dem Wiederherstellungsausschuß. 2. Zwischen den alliierten Regierungen und Deutschland. 3. Zwischen den Alliierten untereinander. Auf dem englischen und amerikanischen Markt sei das Vertrauen zu dem Wiederherstellungsausschuß zerstört. Wir wurden informiert, erklärte Macdonald, daß, so lange der Wiederherstellungsausschuß in der Lage sei, die Wirtschaft und den Kredit Deutschlands zu zerstören, die Sicherheit für die Anleihe wertlos sein würde. Es war unsere Pflicht, Kinder nisse zu beseitigen, die einen Verkauf der Anleihe auf dem Geldmarkt verurteilt hätten. Die Bankiers hätten sich darauf beschränkt, daß über die Stimmung des Anlage suchenden

Publikums erteilt zu haben. Die Konferenz sei den Bankiers sehr verpflichtet für ihre Hilfe. **Macdonald:** Der gegenwärtige Zustand läßt sich dahin umschreiben, daß, wenn die Sanktionen zu beraten und zu keiner Übereinstimmung gelangen, es für jede Regierung möglich sein würde, nach dem Fehlschlagen dieser Verhandlungen ihre eigene Politik zu verfolgen.

Lloyd George stellte die Nachfrage: „Wie ist dieser Zustand beschaffen?“ **Macdonald:** Der gegenwärtige Zustand läßt sich dahin umschreiben, daß, wenn die Sanktionen zu beraten und zu keiner Übereinstimmung gelangen, es für jede Regierung möglich sein würde, nach dem Fehlschlagen dieser Verhandlungen ihre eigene Politik zu verfolgen.

Es sei ganz klar, daß dies ein sehr unfriedlicher Stand der Dinge sei. (Beifall bei der Opposition.) Wenn man erreichen könnte, daß ein Zustand der Einmütigkeit notwendig werde, bevor ein Verzug erklärt werde, so werde sich die Gesamtlage erleichtern. Man habe dies jetzt erreicht.

Im gegenwärtigen Augenblick handle es sich um Entschlüsse, die von den Komitees, davon einige heute in aller Frühe unter großem Druck, entworfen worden seien. Er habe es abgelehnt, seine Untersticht darunter zu legen. (Gelächter u. Beifall.) Aber mit dem Hauptinhalt stimme er überein — in manchen Punkten nach einem sehr großen Druck — aber ein Handel sei ein Handel, und jedermann könne nicht immer seinen eigenen Willen haben.

Auf weitere Anfrage erwiderte Macdonald, die Frage des Verzugs, wenn sie nicht einmütig in erster Linie von der Reparationskommission geregelt würde, würde der Gegenstand einer schiedsgerichtlichen Entscheidung sein.

Reichlich unklare Ausdrucksweise der Times.

London, 4. August. Die Times schreibt: Die Stelle des Berichtes: „Der Dritte Ausschuß empfiehlt, daß die deutsche Regierung ersucht werden soll, die Verhinderung zu geben...“ u. s. w. bedeutet, daß die deutsche Abordnung eingeladen werde, ihre volle Zustimmung zu den Transferlaufeln des Berichtes von Dawes, so wie sie von der Londoner Konferenz ausgelegt worden seien, zu geben. Man werde zweifellos auch erwarten, daß sie dem Beschluß des Wiederherstellungsausschusses bezüglich der Punkte beitrete, die beobachtet werden müßten, bevor der Plan als in Wirksamkeit befindlich erklärt werden könne.

Im übrigen würden die Deutschen folgende Fragen aufwerfen: 1. militärische Räumung des Ruhrgebietes, 2. Beibehaltung französischer und belgischer Eisenbahnen in der neuen deutschen Eisenbahngesellschaft, 3. Rückkehr der deutschen Beamten.

Sachverständigen Gutachten und Reichsverfassung.

Berlin, 4. August. Mit der Frage, für welche der mit dem Sachverständigen Gutachten zusammenhängenden Gesetze die für Verfassungsänderungen vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit des Reichstages erforderlich ist, hat sich das Reichsjustizministerium beschäftigt und über das Ergebnis seiner Arbeit der Reichsregierung ein Gutachten vorgelegt. Darin kommt es, wie wir hören, zu der Auffassung, daß nur das Eisenbahngesetz und die Regelung des Beamtenverhältnisses der Eisenbahnen eine Verfassungsänderung darstellen und deshalb einer qualifizierten Reichstagsmehrheit bedürfen, während die Gesetze über die Goldnotenbank und die Inbustriefalsverfälschungen eine Verfassungsänderung nicht in sich schließen.

Ein unbefangenes Urteil.

London, 4. August. Der Daily Express veröffentlicht den zweiten Aufsatz des liberalen Parlamentsmitgliedes Generalmajors Seely (s. Beilage) über seine Eindrücke in Deutschland unter der Überschrift: „Deutschlands Pläne für die Zukunft“. Seely bezeichnet den Gedanken, Deutschland bereite einen Revanchekrieg in der nahen Zukunft vor, als eine vollkommen neue Täuschung. Was die Frage einer Vereinigung Deutschlands mit dem bolschewistischen Rußland zur Führung eines großen europäischen Krieges betreffe, so müsse hier hervorgehoben werden, daß die einzigen Männer, die das deutsche Volk führen könnten, das bolschewistische Regime weit mehr hassen als irgendwelche ihrer Nachbarn. Seely erklärt, das Ziel zahlreicher Deutscher sei, ihre Nation wieder aufzurichten und Deutschland wieder seinen Platz an der Sonne zu geben durch Förderung der Gesundheit und Disziplin

unter der Jugend und durch Vermehrung der Wirksamkeit seiner Fabrikationsmethode. Es handle sich nicht um eine fieberhafte Energie, sondern um eine dumpe Entschlossenheit, das, was verloren gegangen sei, durch Tüchtigkeit wiederzugewinnen.

Staatssekretär Hughes.

Berlin, 5. August. Der amerikanische Staatssekretär Hughes hat gestern Berlin verlassen und sich nach Bremen begeben, von wo er sofort nach Amerika zurückfährt.

Kein deutsch-griechischer Zwischenfall.

Berlin, 4. August. Der „Temps“ läßt sich aus Athen einen angeblich griechisch-deutschen diplomatischen Zwischenfall melden, der zur unbemerkten Abreise des deutschen Gesandten geführt haben soll, weil dieser bei Überreichung des Beglaubigungsschreibens eine Ansprache in deutscher statt in französischer Sprache habe halten wollen. Diese Darstellung entspricht nicht den Tatsachen. Nachdem der ursprünglich für den 26. Juli angelegte Empfang wegen Erkrankung des Präsidenten abgesagt werden mußte, wurde dem Gesandten einige Tage später mitgeteilt, daß der Empfang wegen fortwährender Krankheit des Präsidenten zum Beibehalten der griechischen Regierung erst nach der Rückkehr des Gesandten von dessen Urlaub stattfinden könne. Irgeinein Zusammenhang zwischen der Abreise des deutschen Gesandten von Athen und dem behaupteten Vorfall besteht nicht.

Der Achthunderttag als internationales Problem.

Berlin, 5. August. Die Spingewerkschaften haben gestern mit dem Reichsarbeitsminister Besprechungen gehabt über die Ratifizierung des Abkommens von Washington über den achthundertsten Normalarbeitstag. Die Gewerkschaften betonten, daß in zeitlichem Zusammenhange mit der Annahme des Dawes-Gutachtens auch dessen sozialpolitische Auswirkungen, insbesondere die Begrenzung der Arbeitszeit, gelegentlich klar gestellt werden müßten. Die Gewerkschaften forderten deshalb schleunigste parlamentarische Verabschiedung der Ratifizierung des Abkommens von Washington, da sie andernfalls den Volkseinsatz herbeiführen würden.

Der Reichsarbeitsminister erklärte, daß die Reichsregierung bereit ist, schon bei der nächsten Zusammenkunft des Reichstages auf die zur Ratifizierung gestellten Interpellationen eine Antwort zu geben, die in ihren wesentlichen Punkten die Gewerkschaften befriedigen dürfte.

Noch deutsche Kriegsgefangene in Sibirien?

Berlin, 4. August. Der seit Jahren toterglaubte Kriegsgefangene Bernhard Jantos, der, wie bereits kürzlich gemeldet wurde, durch die Bemühungen des Volksbundes Rettet die Ehre aus sibirischer Gefangenschaft befreit worden ist, hat jetzt seine Lebensgeschichte zu Protokoll gegeben. Der Berliner Lokalanzeiger entnimmt dem Dokument die folgenden Stellen:

„Es befanden sich im Gouvernament Tomsk noch eine ziemlich große Zahl von Kriegsgefangenen, die mit ganz wenigen Ausnahmen genau so wie ich gen in die Heimat wollten, dies aber nicht können, weil ihnen antikerseits von seiner Seite das Verständnis entgegengebracht wird, das die besonderen Verhältnisse erfordern. In den Dörfern bekommt ein Kriegsgefangener eine Zeitung nur in die Hand, wenn er Mitglied der kommunistischen Partei und damit russischer Untertan wird. Geld können wir Gefangenen auf den Dörfern aber nicht verdienen, weil Geld dort nur mit dem täglichen Brot, zumal in den fast acht Wintermonaten wenig Arbeit ist. Mein Dorf Tabos bestand aus 23 Häusern, dessen Insassen sämtlich Analphabeten waren.“

Die württembergische Regierung für Aufwertung.

Stuttgart, 4. August. Die württembergische Regierung ist bei der Reichsregierung nachdrücklich für Aufwertung eingetreten. Sie erklärte es für eine der wichtigsten Aufgaben des Reiches, das mit der Inflation vielen angelegten Unrecht durch eine dem Recht und der Billigkeit entsprechende Aufwertung wiederzugutmachen.

Ein Walfleger im Ozean.

Hornafjord (Island), 3. August. Der amerikanische Walfleger Leutnant Wade mußte halbwegs zwischen Orney-Inseln und Island auf dem Meere niedergehen. Nach langem Suchen wurde das Flugzeug gefunden und von einem Fischdampfer ins Schlepptau genommen.

Lasset uns brüderlich sein!

Das müssen sich Lechte Söhne ein und derselben Familie sein, die in der Notzeit einander außer Acht lassen. Wer nennt sich Familienvater und denkt nicht mit Sorgen an die Zukunft seiner schwachen und hilflosen Kinder! Auch unser Volk hat Sorgen, auch wir haben schwache und hilflose Brüder. Sollen wir Zahlen über unsere Erwerbslosen und Kurzarbeiter beibringen? Jeder von uns sieht Tag für Tag Bilder ihres notvollen Lebens. Sie können einfach mit den geringen Unterstützungssätzen nicht leben. Was kann ein Vater von 7 Kindern mit 11—12 Mark pro Woche anfangen? Jeder, der in unserer wirtschaftlichen Baufe noch einigermaßen sein Einkommen hat, soll sich diese Frage einmal ernstlich vorlegen. Wer sein gutes und reichliches Einkommen hat, dem müßten, meine ich, bittere Gedanken kommen, wenn er daran denkt, die nicht von heute auf morgen zu leben wissen.

Man wirft Schuldfragen auf, macht sich von Stand zu Stand Vorwürfe, stellt Agitationsanträge in Stadtparlamenten, freut sich des durch die Not geschaffenen Sumpfbodens für Unrat, Verhöhnung, Aufpöbelung. Niemand hat davon Nutzen. Aber das öffentliche Leben wird gerüttelt. Und davor greift die Not mit ihrer Krallenhand weiter.

Was soll im Winter werden, wenn zu der Sorge für Nahrung und Kleidung noch die grimmige Kälte tritt? Es muß etwas geschehen. Defensitliche Hilfe allein kann nicht ausreichen sein. Einzutreten muß die freie Caritas. Es heißt sie rechtzeitig organisieren. Ein Band der liebenden Fürsorge des Einen um den Anderen soll für die Wintermonate geschlossen werden. Niemand darf sich ausschließen. Der Wege zur Hilfe sind gar viele. Wieviel Junggefallen könnten einem ihnen nahhaft gemachten arbeitslosen Familienvater für die nächsten Monate mit einem kleineren oder größeren Wochen- oder Monatsbeitrag unter die Arme greifen! Unsere Jugendorganisationen würden der Verwirklichung und Ideenlosigkeit in unserer Jugend nicht besser steuern können, als wenn sie in einer großen Demonstration christlicher Brüderlichkeit zu regelmäßigen Sammlungen für ein Jugendhilfswerk schritten. Man soll die Menschen doch nicht für hoffnungslos schlecht und gewissenlos halten. Ich bin sicher, daß sich die Vielen, die allmonatlich und auch in der Woche in den Sozialen, auf den Kirchweihen, auf Bällen und Unterhaltungsabenden mehr oder weniger ausgelassen ihrem Vergnügen nachgehen, gerne geben, wenn man sie dazu anhält. Und nichts kann so bitten und auch das verbottene Herz erreichen, wie ein Jugenaugen, in dem das reine Feuer jugendlichen Idealismus glüht. Fühlen wir, wenn wir noch ein Gewissen haben, nicht eine Beklemmung, eine Scheu, uns heute zu vergnügen? Es wird aller Freundschaften Herz erleichtern, wenn die Sammelbüchse an Ort und Stelle ihnen Gelegenheit gibt, Tränen zu trocknen.

Unsere arbeitslosen Brüder haben einen Anspruch auf unsere Hilfe. Sie tragen eines ganz großen Volkes Not, bloß deshalb, weil sie an der empfindlichsten Stelle im Wirtschaftsprophet stehen. Gewiß tragen auch andere Stände auf ihre Art an der Not. Steuerlasten brücken die kleinen Gewerbe, drücken Landwirtschaft und Handel. Aber sollen wir nicht froh sein, rund zu kommen? Warum muß sich der Mensch immer an denjenigen ärgern, die es besser haben wie er selbst? Sollte er sich nicht an denen trösten, die schlechter stehen als er? Fürwahr, wenn wir ein Geseh in unseren Herzen tragen, müßten wir dieses tun und alle nach Kräften helfen.

Die behördliche Winter-Fürsorge für die Erwerbslosen wird, wie zu erwarten, vorbereitet werden. Es ist an den Arbeitgebern, zu überlegen, durch welche Maßnahmen sie Härten mildern können. Ehe ein Familienvater aus dem Betrieb entlassen würde, müßte man zur vorübergehenden Befestigung des Doppelverdienens (Mann und Frau) schreiten. Auch müßte mehr wie bisher auf die Beschäftigung der einheimischen Arbeiter Rücksicht genommen werden. In anderen Städten, wie z. B. in Düsseldorf, hat man bekommen, diese gebotene Rücksicht zu nehmen.

Uns anderen mag ein Ansporn zu guter Tat das Beispiel des Arbeiters selbst geben. Man hört aus einzelnen Betrieben, daß die Arbeiter, um Entlastungen zu vermeiden, einander vom Lohn abgeben. Das stellt hohe Ansprüche in einer Zeit, wo die Löhne nicht dem Lebensnotwendigen entsprechen. Es ist eine Art von Solidarität und Heroismus, der sich im stillen vollzieht u. doch allen bekannt werden sollte. Gerade das legt uns aus allen Ständen die Pflicht zur Beteiligung an dem also Begonnenen auf. Wir haben alle ein Interesse, daß Recht und Ordnung erhalten bleiben. Verdienst- und Arbeitslosigkeit aber ist der Sumpfboden, auf dem Vergehen und Verzweiflungstaten wachsen. Auch den Besten kann Not, die keine Liebe

© 2006 The Authors
Journal compilation © 2006 Blackwell Publishing Ltd

das Geld
der ganze
Punkt, an
Hier
„O,
Hilfe mei
würde fo
„Ja,
Fräulein
besitz in
vielleicht
Stichtags
Pflicht, h
aber er u

Sozialpolitik im Reichstag.

Von Thomas Esser, M. d. R.

Der Reichstag verhandelte in seinen Sitzungen vom 23. und 24. Juli über die Anträge zur Unfall- und Invalidenversicherung, zur Gewerkschaftenversicherung und zur Fürsorgepflicht, die der sozialpolitische Ausschuss in einer Sondertagung vorbereitet hatte. Die Beschlüsse des sozialpolitischen Ausschusses mühten, soweit sie Anforderungen an die Reichsfinanzen stellten, zunächst dem Haushaltsausschuss vorgelegt werden, der sich nur mit einer Ausnahme der Stellungnahme des sozialpolitischen Ausschusses angeschlossen. Die Familienzuschläge in der Gewerkschaftenversicherung, die der sozialpolitische Ausschuss in einer Höhe von 100 Prozent zu den bisherigen Sätzen festgesetzt hatte, wurden im Haushaltsausschuss auf 50 Prozent herabgesetzt. Der Reichsfinanzminister hatte nur eine 40prozentige Erhöhung für tragbar erklärt; der Ausschuss trat jedoch einem Zentrumsantrag bei, der 50 Prozent verlangte. Die Regierung erklärte sich schließlich damit einverstanden.

Bei der Beratung der Antragskandidaten im Plenum des Reichstages war nach den Beschlüssen des Ausschusses zunächst eine Generaldebatte vorgesehen, zu der jede Fraktion einen Redner mit dreizehnhundertfünfzig Redeseiten stellen konnte. Die Luft im Reichstage war in diesen Tagen mit hochpolitischer Getriebtheit förmlich geladen. Es lag daher die Gefahr nahe, daß die rein sachliche Erörterung der Fragen, wie den Notleidenden unseres Volkes geholfen werden könne, zu parteipolitischen Auseinandersetzungen ausarten werde. Dieser Gefahr erlagen alle Parteien von rechts und links; nur die Sprecher des Zentrums (Abg. Gerig), der Deutschen Volkspartei (Abg. Dr. Moldenhauer), der Demokraten (Abg. Riegler) und der Bayerischen Volkspartei (Abg. Schwarz) beschränkten sich nach einem energischen Protest gegen die agitatorische Ausnutzung der ersten Probleme der Sozialpolitik auf eine sachliche Darstellung des Standpunktes ihrer Fraktionen. Aus den Ausführungen dieser Abgeordneten klang das warme Verständnis für die Not der Sozialversicherten und Fürsorgeempfänger und das tiefe Bedauern heraus, daß die derzeitige Finanz- und Wirtschaftslage eine kräftigere Hilfe verbiete. Sie betonten, daß mit großen Worten und unerfüllbaren Forderungen dem armen Volke nicht geholfen werden könne; es müsse vielmehr nüchtern, zähe Wiederaufbauarbeit geleistet werden. Dieser Notwendigkeit trügen die Anträge der beteiligten Ausschüsse Rechnung.

Im Gegensatz zu dieser praktischen sozialen Auffassung standen die Reden der Radikalen von links und rechts; die Kommunisten überboten sich selbst durch immer weitergehende Forderungen, und die Deutschvölkischen schlossen sich den unsinnigen Anträgen ihrer Gefinnungsverbunden an. Sie waren sich dabei offenbar der Tragweite dieser Anträge gar nicht bewußt; denn als sie beispielsweise einen kommunikativen Antrag zugestimmt hatten, der die Unterstützung aller Gewerkschaften vom fünfzehnten Lebensjahre ab forderte, ohne Unterschied des Grades, der zur Erwerbslosigkeit geführt habe, und darauf aufmerksam gemacht wurden, daß sie damit die Unterstützung jedem Arbeitslosen garantierten und jeden noch so trivialen Streik funktionierten hätten, antwortete ihr Vorsitzender: „So haben wir das natürlich nicht gemeint.“ Und das nennt sich Nationalsozialismus!

An die Generalansprache, die in einer Reihe persönlicher Bemerkungen von halsbrecherlicher Leidenschaftlichkeit durchgeföhrt, anschließend die Einzelberatung der Anträge, nach den verschiedenen Materialien getrennt. Hierzu durfte jede Partei wieder je 20 Minuten reden. Wiederum setzte die Redezeit ein, wiederum feierten Parteinteressen und Agitationslust ihre Triumphe. Die Zentrumspartei beschränkte sich auf zwei kurze, sachliche Feststellungen, von denen die zweite einem neuen Antrag galt, der die Fürsorge für die besonders notleidenden Kurzarbeiter betraf. Das Ergebnis der Verhandlungen war die Annahme aller Beschlüsse des Ausschusses, für die auch die Sozialdemokraten eintraten, nachdem ihnen weitergehende Anträge abgelehnt worden waren. Die Kommunisten hatten diesen Weg sozialistischer Politik noch nicht gefunden; sie stimmten nach dem Grundsatz „Alles oder nichts“ gegen die immerhin recht schätzenswerten Aufbesserungen der Unterstützungen und Fürsorgegelder, die in den Ausschussbeschlüssen enthalten waren.

Wie bereits vorhin angeführt, wurde seitens des Zentrums ein neuer Antrag betreffs Einrichtung einer Fürsorge für die Kurzarbeiter eingebracht, den ich im Auftrage der Fraktion in aller Kürze begründete. Die Sozialdemokratie ließ zu dieser Frage die Anträge wieder aufleben, die sowohl im sozialpolitischen, als auch im Haushaltsausschuss abgelehnt worden waren. Da für diese Anträge gar keine Möglichkeit der Durchführung bestand, gab unser Antrag, den die Deutsche Volkspartei, die Demokraten und die Bayerische Volkspartei unterstützten, die Anregung: „Die Reichsregierung zu ersuchen, mit Rücksicht auf die gegenwärtige Notlage der Kurzarbeiter im Zusammenwirken mit den Ländern

- a) die Gemeinden zu verpflichten, den notleidenden Kurzarbeitern eine besondere Fürsorge zuzuwenden,
- b) besonders belasteten Gemeinden die erforderlichen Mittel durch Abzweigung aus dem Beitragsaufkommen der Gewerkschaften fürsorge zuzuführen und
- c) die dazu notwendigen Maßnahmen mit größter Beschleunigung zu treffen.

Wir waren uns darüber klar, daß dieser Weg nur einen kleinen Teil der bestehenden Not lindern könne, aber beim guten Willen aller beteiligten Stellen wird doch manches zum Besten besonders hart getroffener Kurzarbeiter-Familien geschehen können.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Braun nahm sofort nach der Begründung des Antrages das Wort zu folgenden Erklärungen:

„Dem Reiche stehen bedauerlicher Weise die nötigen Mittel nicht zur Verfügung, um eine allgemeine Kurzarbeiter-Unterstützung seinerseits wieder einzuführen. Das Reich ist auch rechtlich nicht in der Lage, den Gemeinden Verpflichtungen dieser Art aufzuerlegen. Die Wiedereinführung der alten Kurzarbeiter-Unterstützung hatte, das läßt sich nicht verkennen, auch schwere wirtschaftliche Bedenken. Sie wäre gleichbedeutend mit einer verfehlten Unterfützung der Wirtschaft und der Unternehmung aus öffentlichen Mitteln, ein Weg, dessen Verwerflichkeit wir in der Vergangenheit genügend kennen gelernt haben. Trotz dieser Schwierigkeiten muß dem anerkannten Notstand gegenüber für jede mögliche Abhilfe gesorgt werden. Zahlreiche Gemeinden sind ihren Aufgaben auf dem Gebiete der Wohlfahrtsfürsorge entsprechend, bereits zu einer individuellen Fürsorge geschritten. Es läßt sich aber nicht verkennen, daß andere Gemeinden angesichts der großen Not auf diesem Gebiet finanziell nicht in der Lage sind, die in Frage kommende Fürsorge in dem notwendigen Umfang zu betreiben. Angesichts dieser Sachlage kann sich die Reichsregierung einverstanden erklären mit dem Weg, den der Vorschlag der Mittelparteiien weist. Sie wird sich mit den Ländern ins Benehmen setzen, um im Zusammenhange mit diesen den Kurzarbeitern die unbedingt notwendige individuelle Fürsorge auf dem Wege des Antrages zu sichern.“

Der Antrag fand nach dieser Erklärung, nachdem die sozialdemokratischen und kommunistischen

Anträge gefallen waren, fast einstimmige Annahme; nur die Kommunisten stimmten dagegen. Es ist also dem sachlichen Vorgehen der Zentrumspartei zu verdanken, daß auf dem Gebiete der Kurzarbeiter-Fürsorge ein nicht zu unterschätzender Erfolg erzielt wurde.

Die beste Hilfe freilich, die den Erwerbslosen und der ganzen Sozialfürsorge überhaupt erstehen kann, ist die baldige durchgreifende Besserung unserer Wirtschaftsverhältnisse.

Ein Augenzeuge über Deutschlands Lage.

Zu den Vorwürfen, mit denen immer noch gegen Deutschland zum Schaden des Friedens und des europäischen Wiederaufbaus operiert wird, gehört das, Deutschland bereite den Revanchekrieg vor. Nun hat in jüngster Zeit der Daily Express das liberale Parlamentsmitglied General Seely nach Deutschland geschickt, um auf Grund eingehender Studien die Frage zu beantworten, ob Deutschland sich auf einen Revanchekrieg vorbereite. Seely schreibt jetzt in seinem ersten Artikel, er habe zuerst die Frage geprüft: Hat das besiegte Deutschland mehr zu leiden gehabt als die Sieger? Er könne ohne den geringsten Zweifel in vollem Umfang eine bejahende Antwort geben. Einige Großindustrielle hätten seit dem Kriege in Deutschland erhebliche Gewinne erzielt. Aber nur eine ganz kleine Minderheit aus diesen Nachkriegsgewinnern hätte ihr Geld behalten. Einige Ladenbesitzer hätten gleichfalls gute Geschäfte gemacht, aber die Masse des Volkes sei arm; es befände sich in einem Zustand elender Verarmung und ungenügender Ernährung. Die Masse sei in Deutschland ärmer als in Frankreich und bei weitem ärmer als in England. Die große Illusion, der man sich hingabe, sei, daß man aus Deutschland mehr herausbekommen werde, als bereits in den Dawes- und McKenna-Vorschlägen vorgesehen sei. Die Löhne der Arbeiter in Schottland, der Ruhr und im Rheinland seien ungenügend. Es sei nicht möglich, Leben und Geist und Seele bei diesen Löhnen zusammenzuhalten.

In landwirtschaftlichen Gebieten sei die Armut nicht so akut, aber alle Verichte seien einstimmig der Ansicht, daß die Armut viel größer sei als vor dem Kriege. Das gleiche könne man von der Lage der arbeitenden Bevölkerung in Berlin und in den Großstädten sagen. Weispielloß sei das Leben der alten Leute, die unter normalen Bedingungen von ihren Erparnissen leben würden. Alle Erparnisse seien durch die Inflation verschwunden. Infolge der trostlosen Lage der alten Leute und Rentner sei eine wahre Selbstmordepidemie ausgebrochen. Man müsse ferner berücksichtigen, daß das deutsche Volk sehr darunter zu leiden habe, daß keine geistigen Arbeiter durch Verarmung und Unterernährung nicht mehr instand seien, in dem Umfange wie vor dem Kriege produktiv zu sein.

Ueber das Leben in Berlin sagt der General: Obwohl Tausende die Ufer der blauen Seen bedeckten und anscheinend für Stunden ihre Sorgen vergessen wollten, gefinge ihnen das doch nicht. Man erlebe dort nichts von der Ausgelassenheit, die man in Frankreich und England gesehen hätte.

Reichsverband der deutschen Industrie und Londoner Verhandlungen.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie teilt u. a. mit:

„Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat zum Dawesschen Sachverständigen-Gutachten den Standpunkt vertreten, daß es eine geeignete Grundlage zu Verhandlungen über die Reparationsfrage sei, und er hat diesen Standpunkt trotz ernstlicher Bedenken gegen die Art und Höhe der Deutschland zugemuteten Belastungen und trotz mancher Widersprüche aus seinen eigenen

Reihen bisher aufrechterhalten. Um so mehr muß der Reichsverband der Deutschen Industrie nach den bisher vorliegenden Nachrichten gegen die Versuche auf der Londoner Konferenz, die Grundlagen des Sachverständigen-Gutachtens in vielen Punkten zu verschieben, Einspruch erheben. Die Deutsche Reichsregierung darf an die Durchführung des Gutachtens erst dann herangehen, wenn Gewähr dafür besteht, daß auch die Gegenseite die Bestimmungen des Gutachtens innehält.“

Eucharistischer Kongreß und Winfriedbund.

Die Deutsche Sektion zum Eucharistischen Kongreß hat außer den gestern bereits mitgeteilten vier Beschlüssen einen fünften betr. den Winfriedbund gefaßt, in dem es heißt:

„Der Winfriedbund, die nach dem Apostel von Deutschland benannte Vereinigung, hat sich zur Aufgabe gesetzt, durch Gebet, Beispiel und Belehrung die getrennten Christen mit der Mutterkirche wieder zu vereinigen, entsprechend dem hohen priesterlichen Gebete des Heilandes: „Damit alle eins seien“ (Joh. 17.21). Zu diesem Zwecke müssen wir vor allem den von uns im Glauben getrennten Brüdern wahre Liebe entgegenbringen, da sie so vieler großer Gnadengüter entbehren, die uns im Leben und Sterben so überaus teuer sind. Darum sollen vor allem die Priester am Altar und im Gebet der getrennten Christen gedenken und das christliche Volk zu diesem Gebete anleiten. Hand in Hand damit muß die Aufklärung über die kathol. Lehre gehen, sowie die Verbreitung von guten Schriften über unseren Glauben. Die Zentrale des Winfriedbundes in Paderborn (Generalvikariat) ist gern bereit, Material zuzusenden und Beitrittserklärungen anzunehmen. Vor allem aber müssen die Katholiken durch ein gutes Beispiel die getrennten Brüder für unseren Glauben zu gewinnen suchen.“

Die deutsche Sektion des 27. Eucharistischen Kongresses zu Amsterdam empfiehlt daher auf das wärmste die Teilnahme am Winfriedbund und die Förderung seiner Bestrebungen.

Der hl. Vater Papst Pius XI. hat die Wiedervereinigung aller getrennten Brüder als Gebetsmeinung für das hl. Jahr 1925 ausgeschrieben.“

Aus Nah und Fern.

Arschfeld, 4. August. Bei den gestrigen Wahlen zum Kaufmannsgericht erhielt die Liste der christlich-nationalen Angehörigenbewegung 386 Stimmen. Die gelbe Liste erhielt 12, die sozialistisch-kommunistische 29 Stimmen. Die unterlegenen Verbände verlieren somit im neuen Kaufmannsgericht den letzten Vertreter.

Hagen (Westf.), 3. August. Die polizeilichen Ermittlungen über die bestialische Verwüftung des jüdischen Friedhofes in Hagen sind nunmehr abgeschlossen. Die Verbrechen, vier junge Leute im Alter von 14, 17, 23 und 26 Jahren und ein Mädchen, fielen in der Nacht vom vorletzten Sonntag zum Montag in den absteig der Stadt auf der Silbepöhle mauerisch gelegenen kleinen Friedhof ein, erdrückten die Grabkapelle und machten sich dann davon, eine Familiengruft zu öffnen. Als sie nichts fanden, haben sie anschließend in einem Anfall von Wut fast sämtliche Grabdenkmäler, etwa 50, umgestürzt; nur sechs Gräber blieben verschont. Sie rissen Blumen ab und bearbeiteten die Grabdenkmäler mit Spitzhaken und Schaufel. Die Täter befinden sich in Untersuchungshaft; einer ist flüchtig. Die Empörung unter der hageren Bevölkerung ist groß.

Berlin, 3. August. Gestern vormittag 11 Uhr wurde in Lichtenberg die Hausverwalterin Luise Meier in ihrer Wohnung Gabriel-Max-Straße 9 von einem unbekannten Täter, während sie am Schreibtisch saß, überfallen. Der Verbrecher holte aus dem Nebenzimmer das Bettzeug der Frau, wickelte die Betäubung hinein, übergoß das Bettzeug dann mit Petroleum und zündete es an. Dann rannte er etwa 1000 Meter an barem Gelde.

Als die Feuerwehr eintraf, stand das Zimmer bereits in Flammen. Die Frau wurde in lebensgefährlichem Zustande nach dem Krankenhaus gebracht, wo sie bereits kurz vernommen werden konnte. Der Täter ist entkommen.

„Und noch eine Bitte: „Haben Sie auch meine Schwester Illa ein wenig lieb um meinetwegen!“

„Gern, ich hoffe, daß ich sie bald um ihrer selbstwillen lieben kann“, lautete die Antwort. „Ehe wir hinaufgehen, wollte ich noch bemerken, daß wir durch die Güte ihres Herrn Gemahls einer weiteren Sorge für die Zukunft entbunden sind. Der Herr Baron will nämlich ein großes Krankenhaus für die benachbarten Dörfer und die Umgebung bauen, dessen Leitung Reinhard übernehmen soll.“

„Er sprach mir öfter davon und zeigte Ihrem Herrn Bruder vorhin die von dem Baumeister entworfenen Pläne“, sagte Felicitas.

„So ist es. Er wünscht, daß Reinhard keine auswärtige Klinik mehr besuche, sondern zur Hebewachung der inneren Einrichtung des Neubaus hier bleibe und seine ärztliche Kunst schon einzuweisen den Dorfbewohnern widmen möge. Bestenfalls sind sehr glücklich darüber und wir auch, waren wir doch solange von einander getrennt. Sehen Sie, gnädige Frau es ist Unrecht, das Leben so oft zu scheitern und mit dem Schicksal zu haben, — es gibt auch viel Glück auf der Welt. Aber da bemerke ich den Zeiger auf sechs stehen, so habe ich Sie wirklich eine ganze Stunde von unserer heiteren Gesellschaft ferngehalten. Das war recht selbstsüchtig von mir.“

„Ehon so spät?“ fragte Felicitas und dachte an ihren Wunsch; er war erfüllt worden, sie hatte vergessen können.

Als Fräulein Adelheid sich erhob, zeigte ihr Gesicht deutlich die Spuren der Erregung, welche ihr die Rück Erinnerung verursacht, halte an sie denken müssen, weil sie gleichsam die fehlenden Glieder in der Kette bildeten.

Es war also ungewiß, ob die Stunde ihr selbst wohlgetan hatte, aber bemerkend, daß ihr Besuch unter irgend einem Drucke litt, war sie auf den Gedanken gekommen, denselben zu zerstreuen. So hatte sie an die eigenen, noch nicht vernarrten

Sonnenried.

32) Roman von Marga Brecht.

„Und siehst du eine schwache Aussicht auf Erfolg?“

„Eine große Aussicht sogar“, entgegnete Viktor. „Seit ich Reinhard diese Nacht gesehen und gehört habe, weiß ich, daß in dem schwächlichen Körper ein eiserner Wille wohnt. Tausche ich mich nicht, so wird auch der kleinste Strohhalm von Hoffnung ihn erkalten machen.“

„Eage mir zuerst, was wir zu tun haben“, fragte ich weiter.

„Zunächst habe ich ihn in den nächsten Jahren zu unterrichten; er muß lernen, ernst, rastlos. Wir aber müssen sparen, sparen, um ein immerhin ungewisses Ziel. Ist das nicht zu viel von dir verlangt, Adelheid?“

„Ich kann hungern, wenn es sein muß“, fiel ich ein, „ich kann überhaupt alles tun für dein und Richards Glück.“

„Gut“, sagte Viktor, „ich werfe noch etwas in die Waagschale, das ist Arbeit. Der Tag gehört zwar meinen Harterkämpfern und dem neuen Schicksal, aber die Nacht ist mein; die Hälfte dieser Zeit kann ich zur Abfassung literarischer Schriften verwenden. — Still, Adelheid, keine Einwendung, denn so wenig angenehm es auch klingen mag — das Geld ist und bleibt doch der Hauptfaktor bei der ganzen Angelegenheit, und dies ist der einzige Punkt, an dem ich verzweifle.“

Dier unterbrach Felicitas die Erzählerin. „O“, rief sie, „warum hat Ihr Bruder nicht die Güte meines Mannes in Anspruch genommen? Er würde so gern geholfen haben!“

„Ja, ich darf sagen, er würde es“, versetzte Fräulein Adelheid sinnend. „Aber mein Bruder besitzt in manchen Dingen einen gewissen Stolz, vielleicht ist es auch nur übertriebenes Rechtschaffenheitsgefühl. Viktor erkannte es als unsere Pflicht, für unseres Bruders Wohlfahrt zu sorgen; aber er wollte nicht, daß andere Opfer brachten für

einen damals so unsicher scheinenden Ausgang. Außerdem litt Reinhard es nicht. Er sagte mehrmals: „Ich will mein Glück nur Gott ver danken, Euch und mir selber.“ Sehen Sie mich nicht so vorurteilsvoll an, liebe Frau Baronin, es war besser so, und für den Fall, daß unsere Kraft nicht ausgereicht hätte, würden wir die Hilfe Ihres Herrn Gemahls in Anspruch genommen haben.“

„Nun, das versteht mich“, sagte Felicitas; „aber bitte, wie ging es weiter?“

„Es bleibt nicht viel zu erzählen. Ich fragte Viktor noch, wie die Unterbrechung zwischen ihm und Reinhard gendete habe. Er antwortete: „Ich sagte zu ihm, was die Eltern für dich getan hätten, würden auch wir zu tun versuchen. Erreicht du dein Ziel, so kann deine Freude nicht größer sein als die unserer; erreicht du es nicht, so werden wir mit dir trauern. Darauf schrieb ich ihm zur Erinnerung folgende Worte auf ein loses Stück Papier: „Das Seine tun und auf den Himmel bauen.“

„Nun, und dann?“

„Dann folgte ein solcher Ausbruch der Freude, daß ich vor der Bestigkeit desselben erschraf. Ich hatte nicht geahnt, daß in dem schüchternen, stillen Knaben eine so wilde, leidenschaftliche Natur wohne. Jetzt erst bekam ich ein Bild von seinem wahren Sein; wie furchtbar mußte bei dieser äußeren Ruhe der Sturm in seiner Brust getobt haben!“

„Ich glaube meines Bruders Worten“, fuhr Fräulein Adelheid fort, „denn ich dachte an meine Wahrnehmung in der vergangenen Nacht. Wir reichten uns flüchtig die Hände, zum Zeichen, daß wir fest und treu zusammenstehen und den Kampf mit dem widrigen Geschick mutig aufnehmen wollten. Ich begab mich auf mein Zimmer, nahm ein Wirtschaftsbuch heraus, rechnete und rechnete, bis ich, freilich einseitig, nur auf dem Papier, eine kleine Summe herausbrachte, welche erübrig und alljährlich zurückgelegt werden konnte. Reinhard begann nach an demselben Abend seine Studien und setzte dieselben fort mit einer Geduld und

einer Ausdauer, welche unsern Mut stets neu belebte, wenn er je einmal zu sinken drohte.“

„Viktor hatte Recht gehabt; seine Gesundheit erstarkte, trotz der Knieenarbeit, welche auf seinen schwachen Schultern lag. Damals begriff ich den oft gehörten Ausspruch, daß es nämlich leichter ist, ein Uebermaß von Pflicht zu tragen, als eine einzige Kraft bracht liegen zu lassen.“

Nach mehreren Jahren trat Reinhard in die oberste Klasse eines Gymnasiums ein, bestand später die Maturitätsprüfung mit Auszeichnung und ging gleich darauf auf die Hochschule zu M. Leider gestatteten ihm unsere Verhältnisse keine Ferienreisen, daher kommt es, daß er Ihnen erst vor kurzem zum ersten Male vorgestellt werden konnte. Ueber den Ausfall seiner letzten Examina haben Sie schon näheres gehört; ich will nur noch hinzufügen, daß heute die Wiederkehr des Tages ist, an welchem Reinhard uns seinen Wunsch mitteilte. „Und an welchem Uns dieses große Liebesverf, diese Kette von Entbehrungen begannen“, vollendete ihre Zuhörerin. „Wie viel Jahre sind seitdem verstrichen?“

„Gerade zehn. Wir Frauen haben ein starkes Gedächtnis für solche in das Leben bedeutungsvoll eingreifende Tage. Sehen Sie, darum hatte ich mir erlaubt, Sie heute zu uns zu bitten; wir mußten den Tag ein wenig feiern.“

„Wie freue ich mich mit Ihnen!“ rief Felicitas bewegt. „Daben Sie Dank für Ihre Erzählung; ich habe viel daraus gelernt, mehr als ich Ihnen sagen kann, vor allem aber den schönen Wahspruch: „Das Seine tun und auf den Himmel bauen.“ Nun sind Sie mir keine Fremde mehr, und ich bitte herzlich, kommen Sie öfters zu uns! Sie wissen nicht, welche Wohltat es für mich ist, mit Ihnen zu plaudern und Sie aus Ihrem Leben erzählen zu hören.“

„Nun gut, ich komme gern, wenn es Ihnen wirklich Freude macht“, erwiderte Fräulein Adelheid.

„Auch ich werde das Pfarrhaus nun aewiß

